

Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Bezirksvertretung 7 (Porz)	09.11.2010	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Anfrage der SPD-Fraktion zum Kasernengelände Bresseur in der BV-Sitzung vom 05.10.2010, TOP 8.2.2

Frage an die Verwaltung:

1. Wann ist mit dem Beginn der Erschließungsmaßnahmen im Gewerbegebiet Bresseur zu rechnen?
2. Kann der geplante Fuß- und Radweg aus dem Wendehammer Oberstraße in die Westhovener Aue provisorisch errichtet werden?
3. Ist der Stadtverwaltung ein Antrag auf Abbruch der Gebäude im zum Bundesbesitz gehörenden Gelände bekannt?
4. Wenn Ja, wann wird mit den Abbrucharbeiten begonnen?
5. Wenn Nein, welche Möglichkeiten hat die Stadt, den Eigentümer zu einer besseren Sicherung des Geländes zu zwingen, bzw. diesen auf Abbruch der Ruinen zu bewegen?

Antwort der Verwaltung:

Die Entwicklung des Gewerbegebietes Bresseur ist Bestandteil des Gewerbeflächenbereitstellungskonzeptes (GFBK). Das Gewerbegebiet ist in städtischem Eigentum und umfasst insgesamt 5,3 ha netto. Es ist vorrangig vorgesehen zur Ansiedlung von kleineren und mittleren Unternehmen. Zeitnah zur Baureife wird mit der Vermarktung der Gewerbegrundstücke begonnen.

Zu den Fragen im Einzelnen:

Frage 1:

Die Stadtentwässerungsbetriebe beginnen im November 2010 mit den Kanalbauarbeiten. Der Straßenbau beginnt dann ab Mai 2011 mit dem ersten Teilstück in der Wasserschutzzone II. Im direkten Anschluss wird die Baustraße in der Wasserschutzzone IIIA hergestellt.

Frage 2:

Seitens der Stadtentwässerungsbetriebe wird der geplante Fuß- und Radweg aus dem Wendehammer der Oberstraße in die Westhovener Aue mit der Kanalbaumaßnahme provisorisch hergestellt. Die Fertigstellung der Kanalbaumaßnahme ist bis Mai 2011 terminiert. Der Vollausbau des Fuß- und Radweges ist erst mit Fertigstellung der Hochbaumaßnahmen vorgesehen.

Frage 3:

Die Gebäude liegen außerhalb des künftigen Gewerbegebietes. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat eine Zustimmung bei der Bezirksregierung Köln zum Abbruch sämtlicher Aufbauten der ehemaligen belgischen Kaserne Brasseur beantragt. In diesem Zustimmungsverfahren nach §80 BauO NRW hat das Bauaufsichtsamt der Stadt Köln gegenüber der Bezirksregierung eine Stellungnahme abgegeben.

Die Zustimmung zum Abbruch ist von der Bezirksregierung Köln am 13.10.2010 erteilt worden.

Frage 4 und 5:

Nach Auskunft der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sind die Abbrucharbeiten für Anfang 2011 vorgesehen.